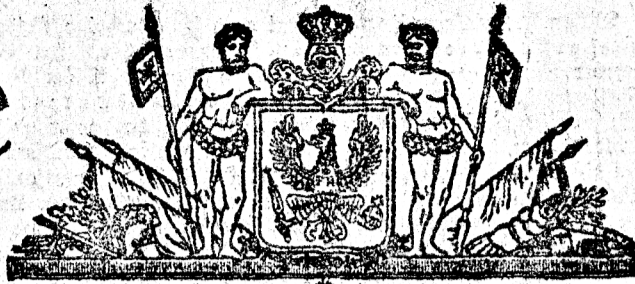


Wirtschaftliche



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme d. Handelsteils): I. V. J. Elbau in Bln.-Tempelhof \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech-Zentralo: Ullstein & Co. Marktplatz 11 800. 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 282, 15 281, 15 282 bis 15 291

Bernstorff über Amerikas Friedensvermittlungen

Die erste Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Die Verhandlung im Reichstagsgebäude.

Der Unterausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schutzfrage am Kriege hat heute Vormittag im bescheidenen Rahmen eines Zimmers des Reichstagsgebäudes die historisch wichtige Reihe seiner öffentlichen Verhandlungen begonnen. Die Öffentlichkeit war allerdings nur etwa im Stile des Shakespeares'chen Bühnenmarkt, nämlich durch eine kleine Zahl von Vertretern der Zeitungen, die man mit aller Mühe von zwölf im letzten Augenblick noch auf fünfundzwanzig hinaufgeschraubt hatte. Das Mehl der Verhandlungen vermieden worden sein, wenn man sich mit dem Verlauf dieser Verhandlungen soviel Zeit gelassen hätte, als nötig war, um, wie beabsichtigt, sogleich den Vollsaal des ehemaligen Herrenhauses dafür bereit zu stellen. Die heutige Sitzung wurde ausgefüllt durch die Ausführungen des Berichterstatters, des Mehrheitssozialisten Dr. Singheimer und durch die mit Interesse erwartete Zeugenvernehmung des Grafen Bernstorff. Den Gegenstand der Untersuchung bildet die Frage, ob um die Jahreswende zwischen 1916 und 1917 durch die Vermittlung Wilsons ein erträglicher Friedensschluß zu erlangen war, und ob diese Gelegenheit durch deutsches Verschulden verfaßt wurde. Auf Grund der bisher mitgeteilten Tatsachen läßt sich eine abschließende Stellungnahme allerdings nicht so schnell herbeiführen, wie Dr. Singheimer es andeutungsweise getan hat. Fest steht aber schon nach dem Gehörten, daß das früher häufig abgelehnte Vermittlungsbegehren an Wilson im Herbst 1916 mit allem Nachdruck von deutscher Seite erfolgt ist, und daß — gleichgültig, wie man über die Möglichkeiten eines solchen Schrittes denken mag — die weitere Haltung der Reichsleitung geeignet war, den Vorwurf schwerer Inkonsequenz, ja Unaufrichtigkeit auf sich zu laden.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der Vorsitz des Unterausschusses, dem die Erforschung der verschiedenen Friedensmöglichkeiten obliegt, führt das Mitglied der deutschen internationalen Volkspartei Abg. Warmuth, von Beruf Handelsgerichtsdirektor. Sein Stellvertreter ist der demokratische Abgeordnete Gothein. Des Schriftführeramt hat an Stelle des Zentrumsabgeordneten Dr. Wagner der Zentrumsabgeordnete Saas übernommen. Mitglieder des Ausschusses sind ferner: der mehrheitssozialistische Abg. Singheimer, der unabhängige sozialistische Abgeordnete Dr. Oskar Cohn, die mehrheitssozialistische Abgeordnete Frau Pfeil und das Mitglied der demokratischen Fraktion Professor Dr. Walter Schilling. Als Sachverständige fungieren der Professor der Staatswirtschaft und Direktor der Handelshochschule in München Dr. Bonn, der Professor der Geschichte in Berlin und Mitglied der Preussischen Nationalversammlung Dr. Hoehsch, ferner der frühere Vorkämpfer in Rom Graf v. Monts, der aber in der heutigen Sitzung noch nicht erscheinen wird, und der Professor der Geschichte in Berlin Geheimrat Dr. Dietrich Schäfer.

Die Verhandlung findet in dem Saale I im Obergeschoß des Reichstags statt. Der Saal faßt etwa 100 Personen. Im Saale ist an der dem Reichstagsufer zugewendeten Front ein langer Tisch aufgestellt, an dem der Untersuchungsausschuss Platz genommen hat. Ferner ist eine Reihe von Tischen für die Presse, ein Tisch für die Sachverständigen und ein Tisch für die als Zeugen berufenen Persönlichkeiten aufgestellt. Für die übrigen Zuhörer ist eine Reihe von Stühlen in den Saal gebracht worden.

Gegen 10 Uhr füllt sich der Saal. Alle Teilnehmer an den Verhandlungen und die durch Einladungen berufenen Persönlichkeiten erscheinen. Von politischen Persönlichkeiten sieht man den früheren Reichskanzler von Bethmann-Sollweg, ferner den früheren Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich. Am Augenblick nimmt der frühere Vorkämpfer in Washington Graf Bernstorff Platz.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung nach 11 Uhr mit einer Ansprache. Es sollen, so führt der Vorsitzende aus, alle Kräfte und Energien zum Vortrag gebracht werden, die ein sachliches Interesse besitzen und ebenso alle Zeugen vernommen werden, die zur Beweisaufnahme beitragen können. Erst wenn all dies erledigt ist, ist ein festes Bild vorhanden, das dann der Beurteilung der Öffentlichkeit offen steht. Der Untersuchungsausschuss hat nur Tatsachen festzustellen, aber keine Schlusurteile abzugeben. Ein Urteil zu fällen, insofern sich Material vielleicht für eine bestimmte Persönlichkeit ergibt, wird lediglich Sache des Staatsgerichtshofes sein, wenn ein solcher gebildet werden wird. Es liegen also hier die Verhältnisse gleich gelagert wie im Prozeßverfahren.

Sodann wird zur Beredigung der Sachverständigen Professor Hoehsch und Professor Bonn geschrien. Professor Schäfer ist noch nicht im Saale erschienen. Die Beredigung eröffnet sich, und Abg. Warmuth läßt den beiden Sachverständigen, die an den Tisch des Unterausschusses getreten sind, den Vortritt, und

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Heimkehr kriegsgefangener Schleswiger Eine Antwort Clemenceaus.

Unter dem 20. September ist die deutsche Regierung bei der französischen mit dem Ersuchen vorstellig geworden, die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, soweit sie aus Schleswig stammen, unverzüglich zu entlassen, um ihnen die Teilnahme an der Abstimmung zu ermöglichen. Vorgestern hat Clemenceau geantwortet, daß dahingehende Maßnahmen bereits ergriffen und schon mehrere Tausend Kriegs- und Zivilgefangene heimgeschickt worden seien. Die diesbezüglichen Anträge würden in jedem Falle sofort erledigt und die einzelnen Personen entlassen, sobald es feststehe, daß auf sie die Bestimmungen des Artikels 109 des Friedensvertrages Anwendung finden. — Ueber die Zulassung deutscher Souveränisten in die Abstimmungsgebiete schweben zurzeit noch Verhandlungen.

Im Roperbogen, 20. Oktober.

Die Übernahme der dritten Abstimmungszone in Schleswig durch die internationale Kommission sowie die

bald darauf folgende Abstimmung erfüllt wiederum einen Wunsch. Die Kommission, die Nordschleswig während der Abstimmungszeit verwalten soll, ist noch nicht vollständig. Nach dem Friedensvertrage soll sie aus drei alliierten und zwei neutralen Mitgliedern bestehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben aber den ihnen zustehenden Platz nicht besetzt, so daß die Kommission nach dem Buchstaben des Friedensvertrages nicht verhandlungsfähig ist. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der neuerdings mitgeteilte Aufschub der Ratifikation des Friedensvertrages in Wirklichkeit mehr auf tatsächliche Schwierigkeiten zurückzuführen ist als auf Rücksicht auf Amerika, die nur ein Vorwand sein dürfte. — Um das dänische Element im Wahlkampf zu stärken, wird die dänische Regierung, wie bereits mitgeteilt, in den nächsten Tagen mit einem Vorschlage über die Balatfrage hervortreten. „Nationallisten“ teilt in diesem Zusammenhang mit, daß der Staat eine Abwicklungs-Kasse einrichten wird, die von den fünf größten Banken des Landes mit je 20 Millionen Kronen gestützt werden soll. Ueber die Einzelheiten des Regierungsplanes verläuft noch nichts.

Siehe sprechen die Formel mit erhabenen Schwüngelein nach. Die Schwüngelein lautet: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Heiligsten, daß ich das von mir erforderte Gewissen unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erlassen werde, so wahr mir Gott helfe.“ Während der Beredigung dieser beiden Sachverständigen ist auch Professor Schäfer im Saal erschienen, der ebenfalls vom Vorsitzenden sofort in Eid genommen wird. Sodann erteilt der Vorsitzende dem Abg. Dr. Singheimer das Wort zu seinem Referat.

Abg. Dr. Singheimer führt etwa folgendes aus: Der Vorkämpfer hat bereits die Aufgaben dieses Unterausschusses formuliert. In der Erfüllung dieser Aufgaben ist Gegenstand unserer Beratungen die sogenannte Friedensaktion des Präsidenten Wilson. Es haben dem Ausschuss sämtliche Geheimnissen des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt, und es wurde dem Referenten sowie den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit gegeben, sämtliche Akten kennen zu lernen. Die Akten des Staatssekretärs, des Kriegsministeriums und des Generalstabes haben zunächst nicht vorgelegen, werden aber später herangezogen werden. Das Referat bezieht sich also lediglich auf die Akten des Auswärtigen Amtes.

Was nun den Stoff anbelangt, der hier zur Grundlage der Beratungen kommen soll, so erscheint es notwendig, mit Rücksicht auf die mannigfaltigen Vorkommnisse ihn in vier Perioden zu gliedern. Die erste Periode ist die Zeit vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Entsendung der deutschen Redaktionsregierung, die an den Präsidenten Wilson am 4. Mai 1916 gerichtet wurde, die zweite Periode umfaßt die Zeit vom 4. Mai bis zum 12. Dezember 1916. Der 12. Dezember ist der geschichtliche Tag des Friedensangebots der deutschen Regierung an die Feinde zur Herbeiführung direkter Verhandlungen über den Frieden zwischen den kriegführenden Mächten. Die dritte Periode ist die Zeit vom 21. Dezember 1916 bis zum 9. Januar 1917. Am 21. Dezember hat Präsident Wilson an uns und die anderen kriegführenden Mächte das Angebot gestellt, eine Friedenskonferenz ins Auge zu fassen. Am 9. Januar ist im Hauptquartier zu Paris der sogenannte rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen worden.

Die Schlussperiode ist die Zeit von diesem Tag bis zum 21. Januar 1917. In diesem Tage wurde dem Präsidenten Wilson bzw. dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Herrn Gerard die Note übergeben, wonach Deutschland erklärt, in den rücksichtslosen U-Boot-Krieg einzutreten zu wollen. Am 21. Januar wurden sofort auch die diplomatischen Beziehungen seitens Amerika uns gegenüber abgebrochen. Das sind die vier Perioden, die in Betracht gezogen werden müssen, wenn man den Stoff einteilen will.

Was nun die erste Periode betrifft, so ist in dieser nach den Akten von irgendeiner bestimmten Friedensaktion nicht die Rede. Wohl finden allgemeine theoretische Bekundungen der Friedensgestaltung statt und Friedensvertragsentwürfe zwischen dem damaligen Kaiser und dem amerikanischen Botschafter Gerard, ferner zwischen der Reichsregierung und Herrn Gerard. Auch Graf Bernstorff, unser damaliger Botschafter in Washington, meldet bereits vielfach, daß Wilson sich für den Frieden interessiere, und vor allem finden noch im Winter 1916 hier Beziehungen zwischen dem Obersten House und Vertretern der Reichsregierung statt. Die Akten ergeben im allgemeinen nur zwei Aufzeichnungen. Die erste von dem damaligen Kolonialratssekretär Dr. Solf, des Inhalts, daß er eine Unterredung mit House gehabt hat, und die zweite Aufzeichnung über eine Mitteilung des damaligen Reichskanzlers Herrn von Bethmann-Sollweg mit dem Obersten House. Wir werden später noch Gelegenheit haben, die beiden Aufzeichnungen in Betracht zu ziehen. Ich kann nur allgemein sagen, daß die Aufzeichnungen nicht eine bestimmte Friedensaktion erkennen lassen, sondern sich auf dem Gebiet allgemeiner Besprechungen bewegen, so wie man zum Frieden gelangen könnte,

insbesondere unter dem Gesichtspunkt der internationalen Regelung der Freiheit der Meere.

Zeit bedeutsamer ist die Periode zwischen dem 4. Mai 1916 und dem 12. September desselben Jahres. Am 4. Mai 1916 hat, wie bekannt, die deutsche Regierung die Erklärung abgegeben, den U-Boot-Krieg den Neutralen gegenüber als Kreuzkrieg zu führen, in der Erwartung, daß Präsident Wilson seinerseits England veranlassen würde, von der völkerrechtswidrigen Blockade Deutschlands abzugehen. In dieser Zeit entwickelte sich die Vorbereitung zu einer bestimmten Friedensaktion des Präsidenten Wilson. Auf der einen Seite stehen die Instruktionen der Reichsregierung an unseren Botschafter in Washington, an den Grafen Bernstorff. Es wird im Laufe der Verhandlungen noch Gelegenheit sein, im einzelnen die Instruktionen, die sämtlich hier vorliegen, mitzuteilen. Ich beschränke mich darauf, Inhalt und Tendenz der Instruktionen der Reichsregierung anzugeben. In diesen Instruktionen wird nach einigen Schwankungen, das insbesondere in einer Instruktion des damaligen Staatssekretärs v. Jagemann zum Ausdruck kommt, der Botschafter in Washington beauftragt, einen Friedensappell des Präsidenten Wilson herbeizuführen. Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine genaue Unterredung mit dem damaligen Kaiser, der die Instruktion an den Botschafter besonders genehmigt und darauf bezügliche Verhandlungen persönlich unterschrieben hat. Die Anweisung an den Botschafter, einen Friedensappell des Präsidenten Wilson herbeizuführen, wird dann später in mehrfachen Instruktionen an den Grafen Bernstorff beinahe wiederholt. Es wird sogar seitens des damaligen Reichskanzlers die Anregung gegeben, daß, wenn der Präsident Wilson sandere, man ihn doch bestimmen möge, an den König von Spanien und andere neutrale Mächte einen solchen Friedensappell ergehen zu lassen.

Graf Bernstorff hat seinerseits berichtet, daß Präsident Wilson bereit sei, einen Frieden zu vermitteln, und daß auch die öffentliche Meinung in Amerika den Frieden wünsche, daß aber allerdings immer wieder Momente und Tatsachen entgegen traten, die die öffentliche Meinung drücken zu unseren Ungunsten beeinflussen, besonders die belgische Deportation und die Wirkungen des U-Bootkrieges. Aus einer Besprechung mit dem Obersten House geht hervor, daß Präsident Wilson den Willen habe, den Friedensappell herbeizuführen, daß aber, solange der Wahlkampf in Amerika währe, eine Aktion des Präsidenten Wilson nicht erwartet werden könne. Es müßte denn an den Präsidenten getadelt der Antrag gestellt werden, einen solchen Friedensappell herauszugeben.

Darauf erwiderte damals der Reichskanzler von Bethmann, daß ein solcher Antrag nicht gestellt werden würde, und daß überhaupt Präsident Wilson nur einen Friedensappell ergehen lassen möge, daß man aber nicht wünsche, daß dieser selbst an einer Friedenskonferenz zwischen den kriegführenden Mächten teilnahme, sondern höchstens an einer Konferenz, die sich anschließt an die eigentliche Friedenskonferenz mit den kriegführenden Mächten und nur solche Fragen behandle, die für die ganze Welt von Interesse seien. Insbesondere sei es zu vermeiden, daß Präsident Wilson bestimmte Friedensvorschl